

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Einzig Tageszeitung
deutscher Sprache in Ostasien

德華日報
Eingetragen als Zeitung
auf dem Chines. Postamt.
紙之立掛特郵中
報券號准政華

Motto:
Ohne Rücksicht auf Parteien
Treu der alten Heimat und der neuen.

3. Jahrgang

Tientsin, Mittwoch, den 1. Juni 1932.

Nummer 508

Rücktritt der Brüning-Regierung.

Im die Nachfolge Brünings. — Die Parteiführer beim Reichspräsidenten. — Versuch eines parlamentarischen Kabinettes. — Der Reichskanzler fiel, weil er das Vertrauen des Präsidenten nicht mehr hatte. — Hindenburg die Gewähr der Ordnung. — Hindenburgs Verantwortung. — Wiederhall in Deutschland und im Auslande.

Tientsin, 31. Mai . . . Reuter berichtet aus Berlin: Der Reichspräsident von Hindenburg hat den Rücktritt der Brüning-Regierung angenommen.

Berlin, 30. Mai (Transocean Asiatic). Der Reichspräsident von Hindenburg verlor keine Zeit, die schwierige Frage der Nachfolge Brünings anzupacken. Nachdem er die Ansichten des Reichspräsidenten über die nach dem verfassungsmässigen Brauche gehörte alte, sandte er nach Breitscheid, dem Führer der Sozialdemokraten, die in dem jetzigen Reichstag die stärkste Partei darstellen. Dann hörte er die Ansichten von Hitler, der beim Reichspräsidenten in der Begleitung seines Stabschefs, Hauptmann Göhring, erschien. Am Dienstag will der Reichspräsident nacheinander die Führer der übrigen verfassungsmässigen Parteien hören.

Bevor die Besprechungen nicht stattgefunden haben, sind natürlich Vermutungen mit Wahrscheinlichkeit einschlagend wer der nächste Reichskanzler sein wird, nicht zulässig. Aber gewisse Namen werden schon jetzt besonders genannt; darunter nennt man den früheren Reichswehrminister Gessler, den deutschen Botschafter in der Türkei und Führer der deutschen Abordnung auf der Abrüstungskonferenz Nadolny, Baron Gayl und Baron von der Osten. Der Letzter genannte ist ein Landwirt, der, wie es heisst, Hindenburg sehr nahe stehen soll. Baron von Gayl ist ebenfalls Landwirt und hat im Staatsdienste wichtige Posten ausgezeichnet ausgefüllt. Letztlich war er der Vertreter von Ostpreussen im Reichsrat, wobei er eine starke konservative Ueberzeugung zum Ausdruck brachte.

Ersichtlich wird zuerst ein Versuch gemacht werden, ein verfassungsmässiges Kabinet auf parlamentarischer Grundlage zu errichten, doch viele Beobachter scheinen in dieser Richtung bezgl. des Erfolges recht skeptisch zu sein, da die augenblicklichen Beziehungen zwischen der Zentrumspartei und den Nationalsozialisten nicht so sind, dass sie eine enge Zusammenarbeit gewährleisten, und da im jetzigen Reichstage keine Rechtsregierung die Mehrheit haben würde, ohne dass diese beiden Parteien dazu gehören. Ein Ausweg wird besprochen, der beim Scheitern eines Koalitionskabinettes gangbar wäre. Er würde in der Schaffung eines Interims- und Verwaltungskabinettes bestehen, dessen alleinige Aufgabe die Weiterführung der Geschäfte und die Vorbereitung einer allgemeinen Wahl sein würde. Das würde den Wünschen sowohl der Nationalsozialisten als auch der Deutsch-Nationalen entsprechen, welche gestützt durch das Ergebnis der Wahlen zum preussischen und oldenburger Landtage behaupten, dass der jetzige Reichstag kein zuverlässiger Spiegel der öffentlichen Meinung mehr sei. Das scheint jedoch den Ereignissen vorauszugreifen, denn es heisst, dass der Reichspräsident von Hindenburg während seiner Unterhaltung mit den sozialdemokratischen Führern heute morgen angedeutet hat, es solle ein Versuch gemacht werden, ein neues Kabinet zu bilden, das sich auf die mittleren Gruppen stützt. Der Präsident betonte die Tatsache, dass, solange er im Amt sei, er wolle, dass die Verfassung genauestens eingehalten werde, weshalb er für ein Kabinet sei, das sich auf der Parlamentsmehrheit gründet. Er fügte aber hinzu, solch ein Kabinet könne nicht arbeiten, ohne auf die Notverordnungen zurückgreifen zu müssen.

Zum Schluss sagte er, er hoffe, dass wenn die Politiker für seine Gründe zu haben seien, er den Kanzler am Mittwoch ernennen würde, was bedeuten würde, dass die neue Regierung Ende der Woche die Geschäfte übernehmen könne. Bei einer solchen Kombination wird für die Kanzlerschaft besonders der Name des Grafen Westarp genannt, der zu einer kleinen volkonservativen Gruppe gehört.

Die Öffentlichkeit nahm die Nachricht von Brünings Fall ruhig auf und die polizeilichen Sicherheitsmassnahmen, die gegen Kundgebungen getroffen waren, erwiesen sich als unnötig.

Die Presse widmet natürlich den kommenden Ereignissen einen beträchtlichen Raum in ihren Besprechungen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erfährt, dass Dr. Brüning Anregungen ob er das Auswärtige Amt übernehmen wolle, mit einer glatten Absage beantwortet habe. Die Zeitung sagt:

„Ein Kapitel der Nachkriegsgeschichte endet nach 2½ Jahren. Ein Kapitel, auf das das Volk zuerst

grosse Hoffnungen gesetzt hatte. Die wesentliche Frage ist jetzt, dass es nötig ist, eine schnelle und verfassungsmässige Lösung der Krise zu finden. Wenn die gegnerische Presse sich jetzt zu einem Chor von Klagen zusammenschliesst über Militärdiktatur und Ueberlassung der Zügel der Regierung an die Nationalsozialisten, können wir die Bevölkerung versichern, dass die Person des Reichspräsidenten von Hindenburg allen solchen Alarmnachrichten jeden Grund nimmt.“

Die „Vossische Zeitung“ spricht die Meinung der meisten demokratischen Zeitungen aus, wenn sie schreibt:

„Zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Republik ist ein Reichskanzler nicht über die Schwierigkeiten gefallen, die er mit dem Parlament gehabt hat, sondern weil er sich nicht länger in Uebereinstimmung mit dem Reichspräsidenten befindet. Das Brüningkabinet ist zurückgetreten, obwohl es noch das Vertrauen des Reichstages besitzt, weil es nicht mehr das Vertrauen des Reichspräsidenten besitzt.“

Hierbei ist es notwendig zu betonen, dass die Weimarer Verfassung ausdrücklich das Recht des Hauptes der Vollzugsgewalt anerkennt, einen Kanzler zu ernennen oder zu entlassen ohne irgendwie die Vorrechte des Parlaments zu beschränken, von dessen Vertrauen, das Schicksal eines Kabinetts letzten Endes abhängt.

Der sozialdemokratische „Vorwärts“ schreibt in seiner Abendausgabe:

„Dadurch, dass er den Rücktritt angenommen hat, hat der Reichspräsident selbst die Verantwortung für die weiteren Entwicklungen übernommen. Er hat zweifellos aus den achtbarsten Motiven gehandelt und wahrscheinlich im Bewusstsein der nicht übersehbaren wichtigen Folgen, die sein Vorgehen haben musste. Ob er aber die Bewegung, welche er durch seinen Entschluss freigemacht hat kontrollieren können wird, ist eine andere Frage.“

Die „Kreuzzeitung“ spiegelt getreu den Standpunkt der rechten Gruppen wieder, wenn sie schreibt:

„Die Mehrheit des Volkes verlangt, dass die Politik sich nach rechts richte, auf eine nationale Politik. Der Reichspräsident hat durch seinen Entschluss, den er heute gefasst hat, mit dem er den endgültigen Schlusspunkt hinter die bisher verfolgte Politik setzt, in Ue-

bereinstimmung mit den unieugbaren Tatsächlichkeiten gehandelt.“

Berlin, 30. Mai (Transocean Asiatic). Die Nachrichten vom Fall des Kabinetts spiegelten sich in der Börse wieder. Viele Papiere gewannen 1 bis 3%. Nach einer Weile jedoch setzte die Baisse-Spekulation mit voller Kraft ein, was zu einer Tendenz der Schwächung führte. Gegen Schluss war die Stimmung zurückhaltend. Tägliches Geld 5½ bis 6¼%.

Tientsin, 31. Mai . . . Reuter stellt die Vorgänge, die zum Rücktritt der Regierung Brüning führten wie folgt dar:

Die Krise, die Deutschland am Vorabend der Konferenz von Lausanne in eine schwere Lage gestürzt hat, ist auf die Weigerung des Reichspräsidenten von Hindenburg zurückzuführen, einige Massnahmen, welche Dr. Brüning für die neue Notverordnung vorgesehen hatte, zu genehmigen.

Im Besonderen widerstrebte der Reichspräsident dem Plane, ein Teil des Grossgrundbesitzes zu enteignen, besonders in Ostpreussen, um die Staatsanleihen die ihnen gegeben waren, zurückzuerhalten. Das so gewonnene Land sollte für die Ansiedlung von Arbeitslosen und Verarmten dienen. Die Grossgrundbesitzer bekämpften diese Massnahme als bolschewistisch und der Reichspräsident von Hindenburg stellte sich allem Anschein nach auf die Seite seiner Nachbarn. Weitere Vorschläge, gegen die von Hindenburg war, betreffen die Kürzung der Pensionen und Unterstützungen und einige weitere demokratische Pläne des Kanzlers.

Paris, 30. Mai (Transocean Asiatic). Obgleich die Morgenzeitungen die Öffentlichkeit schon auf Brünings Sturz vorbereitet hatten, erregten die Nachrichten davon hier doch grosse Aufmerksamkeit. Im Allgemeinen macht sich die Stimmung bemerkbar, dass mit dem Urteil zurückgehalten wird, da man sich hier klar darüber ist, dass die deutsche Innenpolitik nicht vom selben Standpunkt beurteilt werden kann wie in Frankreich. Der „Temps“ glaubt jedoch, dass die Tage einer Links- oder auch einer Mittel-Regierung endgiltig vorbei sind.

Auf der Börse wurden die Nachrichten lebhaft besprochen, aber sie hatten keinen wesentlichen Einfluss.

Berlin, 30. Mai (Angasta). Die Kommunisten versuchten heute wiederum (?) eine Demonstration gegen die Hitlerleute. Die Polizei eröffnete Feuer und verwundete mehrere Personen, darunter auch Nationalsozialisten.

Ehrung Hitlers.

München, 30. Mai (Transocean Asiatic). Die Stadt Bimbach in Unterfranken soll beschliessen haben, ihren Namen in „Adolf Hitler“ zu ändern.

Befürchtungen für einen russisch-japanischen Krieg.

Tientsin, 31. Mai . . . Wie Reuter aus London meldet, machen sich dort, im Washington, wie auch in anderen Hauptstädten Besorgnisse fühlbar, dass es zu einem russisch-japanischen Zusammenstoss kommen könne. Diese Besorgnis spiegelt sich auch wieder in dem letzten englisch-amerikanischen Vorgehen, dem sich auch Frankreich und Italien angeschlossen hatten, die Abhaltung einer Round Table Konferenz in Schanghai zu beschleunigen, welche die Streitpunkte besprechen soll. Amerika hält sich in seiner Auffassung von der Konferenz mehr an das Neun-Mächte Abkommen als an den Beschluss des Völkerbundes, aber Russland ist weder ein Mitglied des Völkerbundes noch eine Signatarmacht des Neun-Mächte Abkommens.

Wang Ching-wei vorläufiger Aussenminister.

Nanking, 30. Mai . . . (Ch. Pr.) Hier ist man der Ansicht, dass Wang Ching-wei zeitweise den Posten des Aussenministers betrauen wird, obgleich er Präsident des Reichsamts der Exekutive bleiben wird. Weder Dr. Lo Wen-kan noch Quo Tai-chi wollen den Posten des Aussenministers haben, der erstere weil er wieder Justizminister werden will, der Letztere weil er nach London gehen will. Natürlich kann der Posten nicht offen bleiben, so wird Wang Ching-wei zeitweise einspringen müssen.

China will eine neue Konferenz in Washington.

Nanking, 30. Mai (Ch. Pr.) In der wöchentlichen Gedächtnisfeier des Auswärtigen Amtes sagte heute der Vizeausseminister Hsue Mou: „Vor sieben Jahren fielen heute Chinesen als Opfer des Imperialismus in Schanghai. Die Chinesen stellten damals 13 Forderungen, die bisher noch nicht völlig erfüllt sind, zugewandten wurden nur die Zulassung chinesischer Mitglieder in die Gemeindeverwaltung des Settlements und die Umwandlung des gemischten Gerichts in ein provisorisches Gericht. Weiter hat China nichts erreichen können. Seine Bemühungen um Gleichberechtigung wurden durch den Einfall der Japaner am 18. September unterbrochen, da die Regierung ihre ganze Macht der Wiedergewinnung der Mandschurei widmen musste.“

Die Japaner betreiben jetzt die Umwandlung Schanghais in einen Freistaat und die Einberufung einer Round Table Konferenz. Das sind japanische Träume. Unsere Regierung ist sich über ihren Standpunkt völlig klar. Wollen die Japaner nur über Schanghai auf der Round Table Konferenz sprechen, so erachtet unsere Regierung die Beschickung der Konferenz für unnötig. China will nur eine Round Table Konferenz, welche der ehemaligen Konferenz in Washington ähnlich ist und welche alle chinesisch-japanischen Fragen auf einmal entscheidet.

Verlobung eines Sohnes des schwedischen Kronprinzen mit Prinzessin Sybille von Sachsen Coburg-Gotha.

Stockholm, 30. Mai (Transocean Asiatic). In aller Öffentlichkeit spricht man von der bevorstehenden Veröffentlichung der Verlobung eines Sohnes des schwedischen Kronprinzen mit der Prinzessin Sybille von Sachsen Coburg-Gotha, einer Tochter des früheren Regenten des Grossherzogtums.